



Medienkonferenz vom 17. Mai 2011

Mehr Transparenz und tiefere Gebühren

von Natalie Rickli, Nationalrätin Winterthur

In nur vier Monaten haben über 143'000 Personen unsere Petition „200 Franken sind genug“ unterschrieben. Unser Begehren ist damit eine der erfolgreichsten Petitionen in unserem Land. Gleichzeitig sind wir mit dieser Online- und Facebook-Petition auch Vorbild für kommende politische Aktionen. Demokratie 3.0 sozusagen.

Was sind die Forderungen unserer Petition?

- 1. Die Radio- und Fernsehgebühren sind auf 200 Franken pro Jahr zu senken.**
- 2. Sämtliche Einsparungen bei der Billag (derzeit 10 Mio.) und nicht ausbezahlte Gebührengelder (derzeit 67 Mio.) sind den Gebührendzahlern zurück zu erstatten.**
- 3. Das Parlament muss eine Regelung erlassen, dass Personen bzw. Haushalte und Firmen, welche nachweislich weder Radio noch Fernsehen konsumieren, von der Gebühr befreit werden.**

Diese Forderungen richten sich an Bundesrat und Parlament. In den nächsten Wochen und Monaten werden in der Schweizer Medienpolitik wichtige Entscheide getroffen. Im vergangenen Herbst hat das Parlament einen Systemwechsel bei den Radio- und Fernsehgebühren beschlossen: Ab 2015 soll die sogenannte Haushaltabgabe eingeführt werden. Jede Privatperson und jedes Unternehmen muss zahlen – unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist, oder ob überhaupt jemand SRG-Programme konsumiert. Dagegen wehren wir uns.

Die zuständige nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) wird an ihrer Sitzung vom 24. Mai noch einmal über die sog. Haushaltabgabe abstimmen, denn der Ständerat hat noch Änderungen eingebracht. Es sollen gewisse Ausnahmen vorgesehen werden – die Definition dieser Fälle ist allerdings sehr schwammig und auch nicht logisch. So sollen Kleinbetriebe von der Gebührenpflicht ausgenommen werden. Auch soziale Gründe sollen geltend gemacht werden können. Was darunter zu verstehen ist, bleibt offen.

Klar ist einzig: So wird das Inkasso nicht günstiger. Zudem sollen künftig auch Personen zur Kasse gebeten werden, welche weder Radio noch Fernsehen konsumieren. Dies alles zeigt: Der Grundsatzentscheid einer neuen Mediensteuer ist falsch!

Deshalb fordert unser Komitee:

- **Personen bzw. Haushalte oder Unternehmen, welche nachweislich weder Radio noch Fernsehen konsumieren, müssen dies deklarieren können. Sie sind von der Gebührenpflicht zu befreien.**

Deshalb werde ich mich im Parlament nochmals für das „Opting out“-Modell einsetzen.



Der Gebührenzahler hat nichts zu sagen

Der Gebührenzahler muss die Radio- und Fernsehgebühren einfach bezahlen; zu sagen hat er nichts. Weder über die Gebührenhöhe noch zum Programm. Wohl auch deshalb haben so viele Personen unsere Petition unterzeichnet und ihren Unmut zum Ausdruck gebracht.

Vorstösse im Parlament, welche die Gebühren senken oder mindestens die Gebührenkompetenz dem Parlament übertragen wollten, sind gescheitert. Kritische Fragen zur SRG, zur Billag und den Gebühren sind nicht erwünscht! Weder bei der SRG noch bei der Billag herrscht Transparenz in der Rechnung. Dies ist einer Demokratie nicht würdig: Die Gebührenzahler haben ein Anrecht zu wissen, was mit ihrem Geld geschieht.

Seit Jahren steigen die Empfangsgebühren ständig an. Mittlerweile bezahlen wir die höchsten Gebühren in ganz Europa. Über die Höhe dieser Gebühren kann der Bundesrat in eigener Kompetenz entscheiden – darum erstaunt der massive Anstieg auch nicht.

Das Inkasso der Radio- und Fernsehgebühren wurde an die viel zu teure Billag vergeben, deren einziger Geschäftszweck darin besteht, uns Rechnungen ins Haus zu schicken. Dafür wird die Billag pro Jahr mit 57 Mio. Franken entschädigt und erhält gleich viel Geld wie alle privaten Stationen zusammen: ein Verhältnisblödsinn. Hinzu kommt: Die Billag macht Millionengewinne. In den vergangenen drei Jahren wurde ein Gewinn von 9,5 Mio. Franken erzielt! Auch dies spricht klar für eine Gebührensenkung.

Die höchsten Gebühren in Europa

Im August 2010 liess der Bundesrat verlauten, im Jahr 2011 gebe es keine Gebührenerhöhung für die SRG. Nun wurden die Gebühren zwar tatsächlich nicht erhöht. Die Billag aber hat auf eine Jahresrechnung umgestellt. Dies bringt jährliche Einsparungen von 10 Mio. Franken mit sich. Dieses Geld fliesst nun in die Gebührenkasse statt zu den Gebührenzahlern – eine versteckte Gebührenerhöhung. Wir fordern, dass dieses Geld den Gebührenzahler zurückerstattet wird! Zu dieser Forderung ist eine Motion von mir hängig im Nationalrat (Motion 10.3943).

Neben diesen 10 Mio. Franken sind weitere 67 Mio. Franken in Bundesbern blockiert (Motion 10.3471). Die Politik diskutiert nun, was mit diesem Geld alles gemacht werden könnte. Es wurde gefordert, den Betrag in die Gebührenkasse fließen zu lassen oder für die Ausbildung der Journalisten zu verwenden. Wir meinen: **Sämtliche Einsparungen und nicht ausbezahlte Gebührengelder sind den Gebührenzahlern zurückzuerstatten!**

Die SRG hat in den letzten Jahren massiv mehr Geld eingenommen – unter anderem aufgrund des Bevölkerungswachstums, aufgrund zusätzlicher Gebührenzahler (Gebührenpflicht für KMU sowie PC und Mobiltelefone) sowie aufgrund neuer Werbemöglichkeiten, welche der Bundesrat den öffentlich-rechtlichen Sendern zugestanden hat. Dies alles geht zu Lasten der privaten Medien, die sich über Werbung finanzieren.



Sie sehen: Die SRG hat mehr als genug Geld. Sie erhielt im letzten Jahr 1,169 Mia. Franken Zwangsgebühren. Hinzu kamen 376,8 Mio. Franken aus Werbeeinnahmen.

Definition des Service Public ist überfällig

Unser Komitee ist nicht gegen die SRG, wie vielerorts behauptet wird. Aber wir erlauben uns, kritische Fragen zu stellen und mehr Transparenz zu fordern. Die Gebührenzahler sollen wissen dürfen, was mit ihrem Geld geschieht. Durch die Intransparenz in den Rechnungen wird verunmöglicht, zu erfahren, welcher der 18 Radio- und 8 Fernsehsender wie viel kostet. Wie viel die SRG für die verschiedenen Sparten (Unterhaltung, Kultur, Information, Sport, usw.) ausgibt, ist ebenfalls unbekannt. Was kosten die Marketing- und Lobbying-Aktivitäten? Die Events? Auch dies darf niemand wissen. Diese Zahlen aber braucht es, um eine Grundsatz-Diskussion über den Service Public führen zu können.

Und dieser Service Public muss dringend einmal genau definiert werden. Zur Erfüllung des Service Public braucht es sicher nicht 18 Radio- und 8 Fernsehsender. Was private Sender machen können, soll auch den Privaten überlassen werden. Es ist falsch, diese seitens der SRG weiter zu konkurrenzieren. Unter dem Strich lautet das Fazit deshalb: 200 Franken sind genug!

Dies finden mit uns über 143'000 Personen! Wir erwarten, dass Bundesrat und Parlament diese Leute ernst nehmen und unsere Forderungen in die medienpolitischen Entscheide einfließen lassen:

- ➔ **Die Radio- und Fernsehgebühren sind zu senken: Fr. 200 sind genug.**
- ➔ **Die Einsparungen bei der Billag und nicht ausbezahlte Gebührengelder gehören den Gebührenzahlern.**
- ➔ **Bei der geplanten Haushaltabgabe ist auf das „Opting out“-Modell zu setzen: Wer nicht konsumiert, soll auch nicht bezahlen müssen.**